

Hallo,

Ich halte das Verfahren, eine Satzungsänderung in diesem Umfang ohne die ausgiebige Beratung und Diskussion die eine reguläre (Präsenz)-Versammlung bietet und ohne die Grundlagen eines demokratischen Miteinanders, der Rede und der Gegenrede durchzuführen, für schädlich.

Eine Satzung, die Seele eines Verbandes, mit so vielen, teils grundsätzlichen Änderungen bedarf einer eingehenden Beratung und Diskussion, und meiner Meinung nach einer Präsenzveranstaltung. Auch aus dem kommentierten Satzungsentwurf bleiben die Beweggründe der Vorstandschaft sehr nebulös.

Der BPV lebte sehr viele Jahre auch davon, dass auf Mitgliederversammlungen eine Gemeinsamkeit unter Mitgliedern und Vorstands erwuchs, auch nach schwierigen Diskussionen. Vor allem aber auch ein Respekt gegenüber den Mitgliedern. Die Vorstandschaft ist dazu da, die Geschäfte stellvertretend für ihre Mitglieder zwischen den Mitgliederversammlungen zu führen und nicht dazu, ihre eigene Sicht und ihr Selbstverständnis dem Verband aufzuzwingen.

Der jetzige Vorstand scheint dem Miteinander entsagen zu wollen. Manche Satzungsänderungen sind sinnlos, sich z.B.. als Landessportfachverband für Boule Lyonnaise, Jeu Provençal, Boccia zu titulieren und mit Fördergeldern zu argumentieren, die der BPV in Bayern nur als Mitglied des BLSV bekäme, als wäre man Mitglied. Manches ist beschämend, die Mitglieder ohne Lizenz bei der Berechnung der Stimmzahl auf der Mitgliederversammlung unter den Tisch fallen zu lassen. Was haben Verband und die Vereine alles in der Vergangenheit nicht alles versucht, um auch diese Leute als Verbandsmitglieder zu gewinnen!

Es muss die Möglichkeit gegeben werden, z.B. Teile der Satzung zu ändern, gewisse Passagen zu ändern, usw. Das ist in diesem Verfahren

nicht möglich, auch ist es nicht möglich von Vereinsseite Anträge zu Änderungen an die Mitgliederversammlung zu stellen (da die ja erst nach der Satzungsänderung stattfindet). Das hebt das ganze demokratische Verfahren aus. Auf diese Art und Weise ist die Satzungsänderung aus meiner Warte schlichtweg abzulehnen.

Zur Versammlung würde ich den Antrag stellen, die Vorstandschaft solle doch die überfälligen Änderungen eintragen lassen und andere Änderungen ggf. dann auf ordentlichen Versammlungen einbringen.

Bei mir manifestiert sich immer mehr der Eindruck, dass die jetzige Vorstandschaft die Coronapandemie benutzt und missbraucht um mit den vom Gesetzgeber erlassenen Bestimmungen grundsätzliche Rechte und Möglichkeiten der Mitglieder auszuhebeln. Das ist sicher nicht der Wille des Gesetzgebers, den Vereinen die bisherigen demokratischen Regularien zu rauben.

Uwe Grossberger